

Zur Krise des politischen Wechsels

In der Popperschen Zweiteilung der politischen Systeme in „Demokratien“ und „Tyranneien“ spielt die Möglichkeit eines friedlichen Regierungswechsels die zentrale Rolle (1). Demokratien im Stile Poppers zeichnen sich somit weder durch eine etymologisch-juristische Gründung der politischen Staatsgewalt in der Autorität des Volkes (deutsches Grundgesetz Art. 19: „Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus“ (10)), noch durch die politische Übermacht der ärmeren Bürgerklasse (Aristoteles (11)), oder durch das Recht der arithmetischen Mehrheit, politische Entscheidungen zu treffen, sondern durch die fundamentale Unbestimmtheit und Veränderlichkeit der politischen Machtverhältnisse aus: Demokratie beantwortet gerade nicht die Frage „Wer soll regieren?“; im Gegenteil erlaubt sie den Bürgern, die Regierung bei Bedarf „ohne Blutbad“ abzuwählen und eine neue Regierung an der Stelle der Alten zu installieren. Zugleich unterwirft sie aber alle politischen Freiheiten jenem alles überragenden Prinzip, dass der Rückfall in die Tyrannei unbedingt vermieden werden muss.

In parlamentarischen, repräsentativen Demokratien – die in Poppers Worten „nicht mehr [...] als eine erprobte und [...] einigermaßen effiziente institutionelle Sicherung gegen die Tyrannei“ darstellen – wird die Untersuchung und Bewertung des politischen Wechsels dadurch erschwert, dass dieselbe Partei in unterschiedlichen, einander ablösenden Regierungskoalitionen sitzen kann. Ein typisches Beispiel dafür liefert die jüngste Geschichte der Bundesrepublik: Seit dem Amtsantritt Angela Merkels im Jahr 2005 wurde Deutschland von drei großen Koalitionen und einer schwarz-gelben Koalition regiert. Dieser *Wechsel* zwischen schwarz-rot und schwarz-gelb ist dabei kaum als solcher zu deuten, obwohl er aus der Abwahl der zuvor amtierenden Regierungskoalition bzw. der Durchsetzung einer neuen, inhaltlich günstigeren Mehrheit resultierte. So haben drei SPD-Minister sowohl im Kabinett Schröder II als auch im Kabinett Merkel I gesessen; selbst das Ergebnis der Wahl wurde als Aufruf zum „Wechsel in der Kontinuität“ interpretiert (12). Nur einmal seit der Nachkriegszeit, und zwar nach der Bundestagswahl 1998, kam es zu einem „echten“ Regierungswechsel auf Bundesebene, als eine rot-grüne (Schröder I) eine schwarz-gelbe Koalition (Kohl V) ablöste. Im Gegensatz zur französischen Praxis der Alternation von Rechts und Links im mächtigen Präsidentensessel (frz. *alternance*) oder zum amerikanischen Zweiparteiensystem aus Demokraten und Republikanern ist die demokratische Erfahrung der Bundesrepublik somit

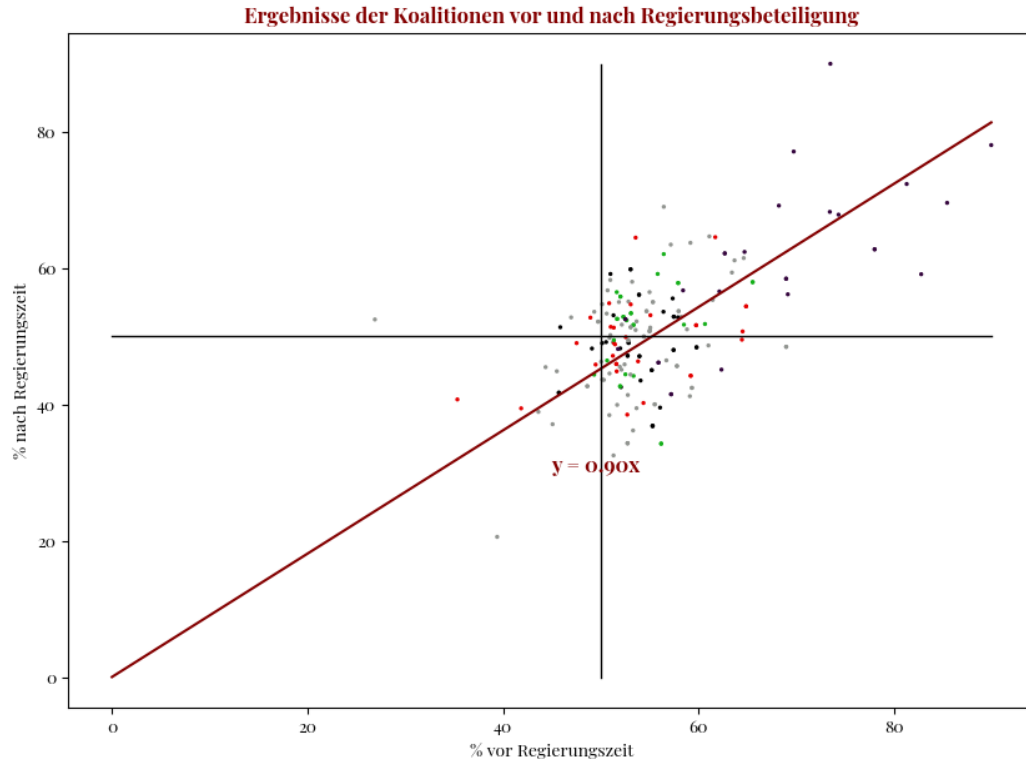
von Teil- und Scheinwechseln geprägt.

Der teils paradoxe Charakter der demokratischen Forderung nach politischem Wechsel ist bemerkenswert. Einerseits gilt friedlicher, politischer Wechsel als Zeichen der institutionellen und kulturpolitischen Gesundheit eines jeden demokratischen Systems. Dabei soll die Möglichkeit des politischen Wechsels nicht nur theoretisch gegeben, sondern auch tatsächlich ergriffen werden: „Demokratische“ Systeme ohne tatsächlichen Regierungswechsel (z. B. Singapur (5)) oder mit ultra-dominanten Parteien (13) werden oft als nur eingeschränkt demokratisch wahrgenommen. Andererseits ist politischer Wechsel in erster Linie Ausdruck von Bürgermisstrauen. Eine Regierung, die ihre Wählerschaft „perfekt“ zufriedenstellen könnte, würde nie abgewählt werden; selbst von unperfekten, wirklichen Regierungen (ob von mehrheitsfähiger Ideologie getragen oder von dem Willen, sich an der Macht zu erhalten) wäre zu erwarten, dass sie *durchschnittlich* fähig wären, durch eine vernünftige Regierungsführung ihren Stimmenanteil zu erhöhen. Sollte dies tatsächlich geschehen, würde der politische Wechsel der Popperschen Theorie eine hauptsächlich korrigierende Funktion erfüllen: Scheitert ausnahmsweise die Regierung oder äußert sich die Mehrheit der Bürger unvernünftig gegen gute Regierungspolitik (beides ist hier gleichbedeutend), wird der Konflikt nicht durch gewalttätige Auseinandersetzungen, sondern durch die Bildung einer neuen Regierung geschlichtet. Wechsel wird nicht als an und für sich gut betrachtet, sondern ist nur insofern notwendig, als er das ständige Vorhandensein einer institutionalisierten Alternative zur politischen Gewalt darstellt. Wir könnten diese Theorie des politischen Wechsels „optimistische Wechseltheorie“ nennen. Die optimistische Wechseltheorie prophezeit lange, ununterbrochene Regierungsperioden; während jeder dieser Perioden bleibt dieselbe Partei oder dasselbe Parteienbündnis an der Macht; dazwischen treten unübliche und kurze Unzufriedenheitszeiten ein, die den Regierungswechsel bewirken – dieses Verhalten wurde durch Computersimulationen bestätigt. Die optimistische Wechseltheorie kann nur unter der Annahme gelten, dass die Fähigkeit der Regierung, die Bürger *durchschnittlich* zufriedenzustellen, und bei der nächsten Wahl entsprechend belohnt zu werden, gegeben ist.

Doch wir werden zeigen, dass genau das Gegenteil der Fall ist, das heißt, dass eine (in diesem Falle deutsche Landes-) Regierung *durchschnittlich* weniger Stimmen nach als vor Amtsantritt bekommt, und dass sich dieser Effekt auf unterschiedliche Weise auf die verschiedenen Koalitionen auswirkt. In einem solchen System ist politischer Wechsel nicht nur von regulierender Natur, sondern auch Teil eines Mechanismus, der die wesentliche Unmöglichkeit jeder dauerhaften mehrheitsfähigen Politik, die unumgängliche Unbeliebtheit allen Regierens anerkennt, deren negative Konsequenzen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt jedoch durch ein Alternieren an der Macht zu mildern versucht. Dies nennen wir „pessimistische Wechseltheorie“. Die pessimistische Wechseltheorie besagt – und das mag im Lichte der

jüngsten politischen Geschichte Europas der üblichere, realistischere Fall sein —, dass die Regierung ihre Wähler im Schnitt enttäuscht, und dass ebendiese systematische Enttäuschung, über deren Ursprung wir hier nicht spekulieren möchten, einen regelmäßigen, vom demokratischen Gemeinsinn positiv bewerteten Regierungswechsel herbeiführt. Im Gegensatz zu den langen, plötzlich unterbrochenen Regierungsperioden der optimistischen Wechseltheorie sieht die pessimistische Wechseltheorie rasche Regierungswechsel vor, deren Häufigkeit mit dem Grad der durchschnittlichen Ungunst der Wählerschaft zunimmt. Das entscheidende Kriterium, das beide Modelle voneinander trennt und den Ausmaß der angeführten Stabilitäts- oder Instabilitätseffekte bestimmt, ist die durchschnittliche Entwicklung des Stimmenanteils der regierenden Partei oder Koalition. Dabei bietet ein Proporzsystem wie das Deutsche einen der Modellierung ziemlich günstigen Rahmen: Die Regierung verfügt (fast) immer über die parlamentarische Mehrheit, und die Wählerwanderung lässt sich, insofern nur die Ab- oder Wiederwahl der Regierungskoalition betroffen ist, zwischen nur zwei Lagern, dem der Regierung und dem der Opposition, praktisch mühelos schematisieren.

Ausgehend von unserer ersten Analyse des Phänomens der Übergroßen Koalitionen in den deutschen Bundesländern (2) wurde eine Datenbank zusammengestellt, die alle Landtagswahlergebnisse sowie die Zusammensetzung aller Landesregierungen seit Kriegsende in der Bundesrepublik Deutschland kompiliert. Anhand dieser Daten ist es möglich, den Effekt auf die Wahldynamik der Regierungsbeteiligung einerseits, der einzigen Koalitionsoptionen andererseits zu quantifizieren. Aufgrund der besonderen Situation des sich formierenden (1945-1953) und konzentrierenden (1953-1976) deutschen Parteiensystems in den zwei Jahrzehnten, die unmittelbar dem Kriegsende folgten (6), werden die gesammelten Daten in dieser Studie erst ab dem Jahr 1970 berücksichtigt. Damals war die Konzentrierung fast vollendet: Die überwältigende Mehrheit der politischen Ämter bekleideten Politiker der Union, der SPD und der FDP, die zusammen das sog. „Zweieinhalbparteiensystem“ bildeten.



Die Frage, ob Regierungsarbeit in den Urnen eher belohnt oder bestraft wird, lässt sich aus den Daten ziemlich leicht beantworten. Wir tragen den Stimmenanteil der Regierungskoalition am Anfang der Legislaturperiode auf der Abszisse, den Stimmenanteil am Anfang der nächsten Legislaturperiode auf der Ordinate ein. Das durchschnittliche Verhältnis, das wir im folgenden „Unterstützungsquote“ (UQ) nennen werden, liegt bei 0,90 (Konfidenzintervall 97,5%: [0,89; 0,92]). Anders ausgedrückt: Auf Landesebene verlor seit 1970 eine deutsche Landesregierung durchschnittlich 10% ihrer Unterstützung im Laufe einer Legislaturperiode. Diese Erkenntnis ist somit ein starkes Argument für die „pessimistische Wechseltheorie“. Separate Regressionen deuten darauf hin, dass dieses Verhältnis von der Art der regierenden Koalition weitgehend unbeeinflusst bleibt: Bei allen Koalitionstypen beträgt der Verlust der Regierung zwischen 7 und 11%. Dadurch scheint der systematische Charakter des skizzierten Phänomens, und insbesondere seine Unabhängigkeit von der Komplexität der Konsensbildungsprozesses, dem inhaltlichen Profil oder dem Grad des ideologischen Zusammenhalts innerhalb der Regierung bestätigt.

Koalitionen	UQ	R ²	N
-------------	----	----------------	---

Alle	0,90	0,98	203
Große oder schwarz-grüne	0,89	0,98	27
Dreier	0,93	0,98	29
Mitte-rechts	0,90	0,98	36
Mitte-links	0,91	0,98	30
Absolute Mehrheit	0,90	0,97	81

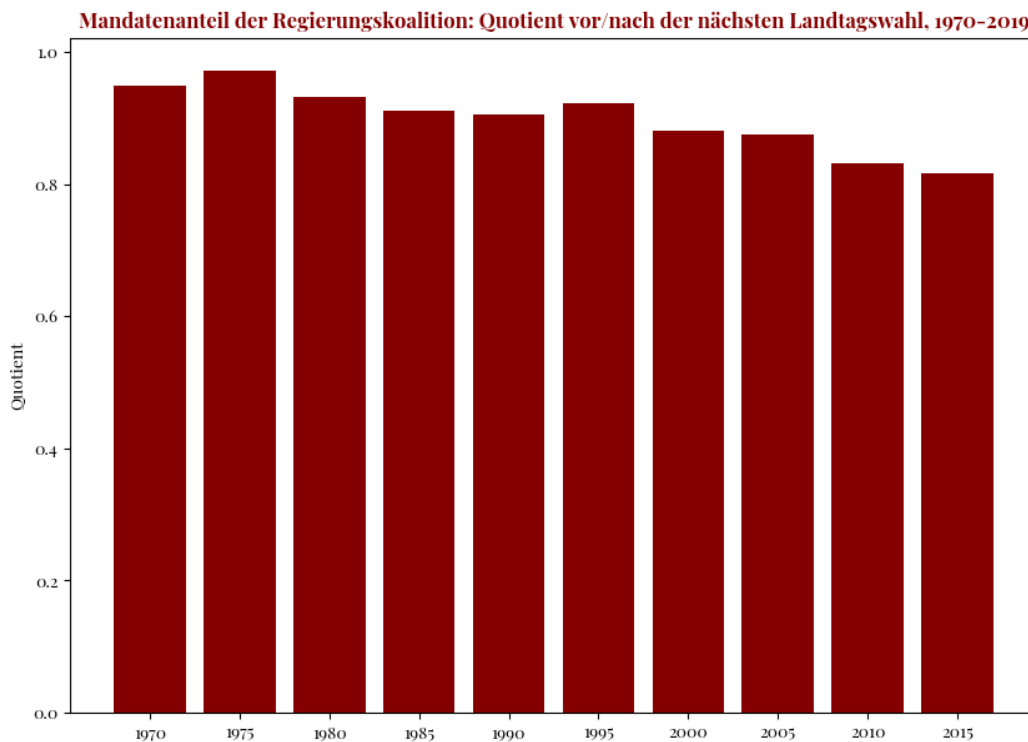
Deutlich bedeutender ist die diachrone Entwicklung der Unterstützungsquote, welche einen klaren Rückgang aufweist. Der geschätzte Wert der Unterstützungsquote über 5-Jahres-Perioden sinkt kontinuierlich von 1970 bis 2015, mit zwei Ausnahmen in 1975-1980 und 1995-1999, und lässt zwei ausgeprägte Rückgangsphasen erkennen: Die erste zwischen 1975 und 1989 (-0,06), und die zweite zwischen 1995 und 2014 (-0,09). Parallel zu diesem Rückgang des Quotienten sinkt erwartungsgemäß auch die „Wiederwahlquote“ (WWQ), d. h. der Anteil der Koalitionen¹, die die auf ihre Amtszeit unmittelbar folgende Landtagswahl überlebten², oder, arithmetisch ausgedrückt, am Ende der Legislaturperiode eine Mandatsmehrheit im Landtag behielten. Obgleich die Entwicklung dieses zweiten Indikators etwas unregelmäßiger verläuft als die des ersten, sind dieselben Rückgangsperioden wie früher zu beobachten: 1975-1989 einerseits und 1995-2014 andererseits. Dabei sind die Variationen viel größer als für den ersten Indikator, von 0,72 auf 0,44 in der ersten Periode und von 0,68 auf 0,14 in der zweiten. Während in den 70er Jahren mehr als Dreiviertel aller Landesregierungen auf eine neue Amtszeit hoffen konnten, waren es zuerst in den 80ern, und später um das Jahr 2000, nur etwas ??mehr die Hälfte; 2014 erreichte schließlich die Wiederwahlquote einen historischen Tiefpunkt, und liegt seitdem unter der 20%-Marke.

Zur Erläuterung dieses Rückgangs könnten verschiedene, von der Natur der Regierungsbündnisse unabhängige Hypothesen in Betracht gezogen werden. Das Vertrauen der Bürger in die Bundesregierung, die Parteien oder die politischen Institutionen, die empfundene Qualität der Regierungsarbeit, der allgemeine Wohlstand oder gar der internationale Kontext könnten sich auf das Ausmaß der Wählerwanderung ausgewirkt haben. Hier werden wir uns jedoch auf einen anderen, wahl- und parteiensystemischen Ansatz konzentrieren, der imstande scheint, einen wesentlichen Teil der gemessenen Variationen zu erklären. Unsere Hypothese ist, dass der Einzug neuer Parteien in die Landesparlamente und die darauffolgende Stimmenzersplitterung für den Rückgang der beiden Indikatoren und die

¹Ausgeschlossen werden bei der Berechnung der Wiederwahlquote Minderheitskoalitionen.

²Unabhängig davon, ob diese Koalitionen dann tatsächlich fortgesetzt wurden.

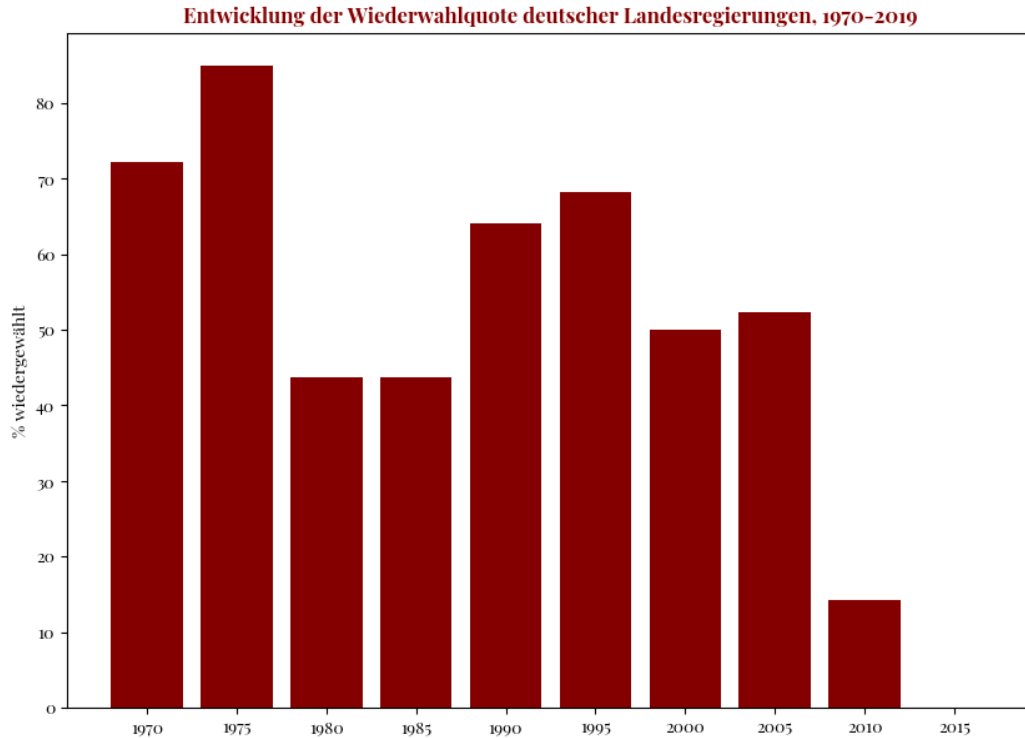
verminderte Stabilität der Landesregierungen verantwortlich sind. Die Daten belegen, dass die erste Rückgangsperiode (1975-1989) mit den Ersteinzügen der Grünen (gegr. 1980) und ihrer Vorläuferverbände in die Landtage zeitlich übereinstimmt: In Bremen 1979 zum ersten Mal in einem deutschen Landtag (Bürgerschaft) vertreten, liegen sie vor 1989 in allen BRD-Ländern außer dem Saarland, NRW und Schleswig-Holstein über der Fünf-Prozent-Hürde. Im Jahre 1996 ziehen sie in ihren sechzehnten und letzten Landtag, den Schleswig-Holsteinischen, ein. Die zweite Rückgangsperiode des Parameters (1995-2014) entspricht der Zeitspanne, in der sich die Linkspartei (bzw. PDS) in 13 Bundesländern und mindestens einmal eine rechtsextreme Partei (DVU, NPD, später AfD) in den Neuen Bundesländern außer Thüringen durchsetzte (7).



Es liegt nahe dass die Stabilität der Regierungen mit der Zahl der im Landtag vertretenen Parteien tendenziell abnimmt: Ein komplexeres Parteiensystem bildet knappere Regierungsmehrheiten (5), fördert dauerhaft die Entstehung multipler ideologischer Trennlinien und bietet Wählern in jedem politischen Lager ein Mehrangebot an politischen Alternativen, das eine Wanderung weg von den traditionellen politischen Lagern sogenannter Volksparteien erzeugt. Dabei gilt es, Dauer- und Übergangszustände voneinander abzugrenzen. Denn während die Wanderung aus den etablierten Lagern auf die *Ankunft* einer

neuen Partei folgt, wirkt sich die Vermehrung des politischen Angebots *dauerhaft* auf die Wahldynamik aus. Überwiegt der Übergangseffekt, könnte der Anstieg der Wiederwahlquote und die Stagnierung des Parameters zwischen 1985-1989 und 1990-1994 darauf zurückzuführen sein, dass damals die Eingliederung der Neuen Bundesländer in die BRD stattfand, in derer Landtagen weniger Parteien als im Westen vertreten waren, wobei 1990 eingezogene Kleinparteien (FDP, Grüne) oft im Laufe der 1990er Jahre ausscheiden mussten.

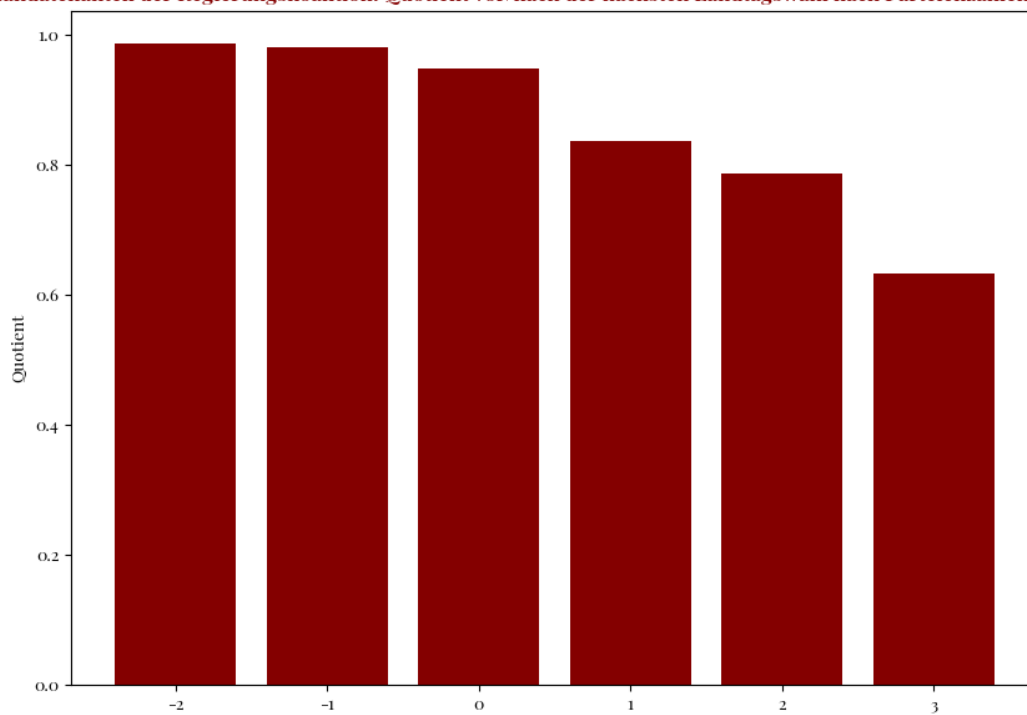
Periode	Parameter	WWQ	R ²	N
Alle	0,90	0,55	0,98	203
1970-1974	0,95	0,72	0,99	18
1975-1979	0,97	0,85	0,99	23
1980-1984	0,93	0,44	0,99	17
1985-1989	0,91	0,44	0,98	18
1990-1994	0,91	0,64	0,98	33
1995-1999	0,92	0,68	0,97	23
2000-2004	0,88	0,50	0,96	22
2005-2009	0,87	0,52	0,98	22
2010-2014	0,83	0,14	0,98	24
2015-2019	0,82	0,00	0,99	3



Dass öfters der Übergangseffekt (Einzug neuer Parteien in die Landtage) die Oberhand hat über den Dauereffekt (dauerhafte Vermehrung der Zahl der Parteien im Parteiensystem), zeigt die positive Korrelation zwischen Wachstum der Parteienzahl und Rückgang der Unterstützungsquote (Übergangszustand), während bei stabiler Parteienzahl (Dauerzustand) die Entwicklung der Unterstützungsquote und die Parteienzahl selbst keine gemeinsame Tendenz aufweisen. Es wäre also zu erwarten, dass sich mit der jetzt vollendeten Durchsetzung der AfD in allen Landesparlamenten die durchschnittlichen Verluste der Regierungskoalitionen künftig verringern werden. Doch das bedeutet lange nicht, dass die historisch niedrigen Wiederwahlwerte steigen werden: Denn unabhängig vom Ausmaß der Verluste sind in komplexen Parteiensystemen knappe Koalitionsmehrheiten die Regel, welche dazu führen, dass auch bei mäßigen Verlusten ein Regierungswechsel eingeleitet werden kann. Die meisten dieser Wechsel werden, wie vom deutschen Wahl- und Parteiensystem besonders begünstigt, nur Teilwechsel sein, d. h. solche, wo mindestens eine Partei in aufeinanderfolgenden Koalitionen sitzt. Aus diesem Grund ist die Frage auch von großer Wichtigkeit, wie die *durchschnittlichen* Stimm- und Mandatsverluste der Regierung, die die pessimistische Wechseltheorie vorsieht, auf die verschiedenen Regierungspartner verteilt werden.

Parteizahlentw.	Parteizahl	UQ	R ²	N
-2	Alle	0,99	0,95	7
-1	Alle	0,98	0,98	41
0	Alle	0,95	0,99	82
	3	0,94	0,99	26
	4	0,95	0,99	35
	5	0,93	0,99	17
	6	0,97	1,00	4
+1	Alle	0,84	0,98	53
+2	Alle	0,79	0,99	19
+3	Alle	0,63		1

Mandantenanteil der Regierungskoalition: Quotient vor/nach der nächsten Landtagswahl nach Parteizahlentwicklung



Durch die empirische Untersuchung dieser Frage lassen sich erneut klare Muster erkennen, die auf ein Phänomen hinweisen, das wir hier als „Fluch der kleinen Koalitionspartner“ bezeichnen möchten. Dessen Prinzip wurde bereits von Klecha formuliert (8); es gibt gute Gründe zur Annahme, dass seine Analyse, die sich auf komplexe Koalitionen konzentrierte, für alle Koalitionstypen gilt.

Wir haben bereits betont, dass der geschätzte Wert der Unterstützungsquote (ihr Wert betrug bei ganzen Koalitionen 0,90) ein Argument für die pessimistische Theorie des politischen Wechsels oder, anders ausgedrückt, für die Tatsache liefert, dass Regierungen von ihren Wählern öfter bestraft als belohnt werden. Regierungswechsel sind demnach nicht zwingend Zeichen einer außerordentlich schlechten Regierungsleistungen, sondern eher Ausdruck einer „normalen“ Unbeliebtheit der demokratischen Bürgervertretung. Betrachtet man die Entwicklung des Stimmanteils der einzelnen deutschen Regierungsparteien vor und nach ihrer Regierungsarbeit, indem man jedesmal zwischen großem und kleinem Regierungspartner unterscheidet, so zeichnet sich ab, dass kleine Koalitionspartner mit einem geschätzten Parameterwert von 0,81 (Konfidenzintervall 97,5%: [0,76; 0,85]) nicht nur deutlich schlechter abschneiden als große Koalitionspartner mit 0,92 (Konfidenzintervall 97,5%: [0,91; 0,95]), sondern dass dies auch zutrifft, wenn dieselbe Partei – nur SPD und CDU kommen hier infrage – in ihrer Rolle als kleinem oder großem Koalitionspartner studiert wird. Dieser „Fluch der kleinen Koalitionspartner“, nach dem kleine Koalitionspartner nach ihrer Regierungszeit mehr als große einbüßen müssen, hat mehrmals spektakuläre Auswirkungen gehabt, zum Beispiel 2015 in Großbritannien (14). Es ist nämlich leicht nachvollziehbar, dass kleineren Parteien, die den Wünschen eines übermächtigen Koalitionspartners z. T. unterworfen sind, die inhaltliche Differenzierung und die Durchsetzung eigener sachpolitischer Themen schwerer fällt, und dass ihnen auch schneller vorgeworfen wird, von ihrer Linie, ihren Versprechen oder den Erwartungen ihrer Parteibasis abgewichen zu haben, obwohl, oder vielleicht eben deshalb, weil sie nur über einen begrenzten Verhandlungsspielraum und Machtanteil verfügten. Hinzu kommt in vielen Bundesländern eine gewisse institutionelle Dominanz der Partei des Ministerpräsidenten, unter anderem durch die Unmöglichkeit destruktiver Misstrauensvoten, die auf Landesebene ein auf Bundesebene bereits betontes Phänomen wiederholt (15). Dass die SPD nach vielen Jahren als langzeitige Regierungspartnerin der CDU auf Bundesebene, sowie in mehreren deutschen Bundesländern, mit starkem Vertrauensverlust und schwerwiegenden Wahlniederlagen konfrontiert ist, während die Ergebnisse der CDU sich weniger drastisch verschlechtern, ist wenig überraschend. Doch in Ländern, wo die SPD stärker verankert war und Große Koalitionen mit der SPD als großem Koalitionspartner gebildet wurden (insbesondere Brandenburg, und in geringerem Maße Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern), erlitt die CDU bis in letzter Zeit, als die Konflikte in der Bundes-SPD sich besonders zuspitzten,

einen stärkeren Rückgang als die SPD. Die FDP, die zur Zeit des sog. Zweieinhalbparteiensystems, einer Zeit, wo Einparteienregierungen gar nicht unüblich waren, und somit auch zu Mitte-Rechts- oder Mitte-Links-Koalitionen eine FDP-freie Alternative bestand, verschiedene Regierungskoalitionen mit beiden Lagern schloss, weist eine besonders niedrige Unterstützungsquote auf (0,67).

Partei	Großer Koalitionspartner			Kleiner Koalitionspartner		
	UQ	R ²	N	UQ	R ²	N
Alle	0,92	0,98	203	0,81	0,90	127
CDU	0,92	0,98	104	0,85	0,98	12
SPD	0,93	0,98	98	0,83	0,93	16
Grüne	1,25		1	0,85	0,85	30
Linke	-	-	-	0,77	0,95	7
FDP	-	-	-	0,67	0,71	61
SSW	-	-	-	0,72		1

Statistische Muster zur unterschiedlichen Wirkung der verschiedenen Koalitionsmodelle auf die Entwicklung der Stimmanteile der Parteien können zur Erstellung eines Prognosemodells für künftige Landtagswahlen genutzt werden. Durch die Anwendung auf reale Daten kann auch die Fähigkeit unserer Hypothesen, die aktuellen Wahldynamiken zu erfassen, erprobt werden.³

Die angewendete Methode nimmt weder Daten aus der Meinungsforschung, noch idiosynkratische politische Entwicklungen in den verschiedenen Bundesländern oder auf Bundesebene in Betracht; deshalb ist ihre Erklärungskraft selbstverständlich begrenzt. Es

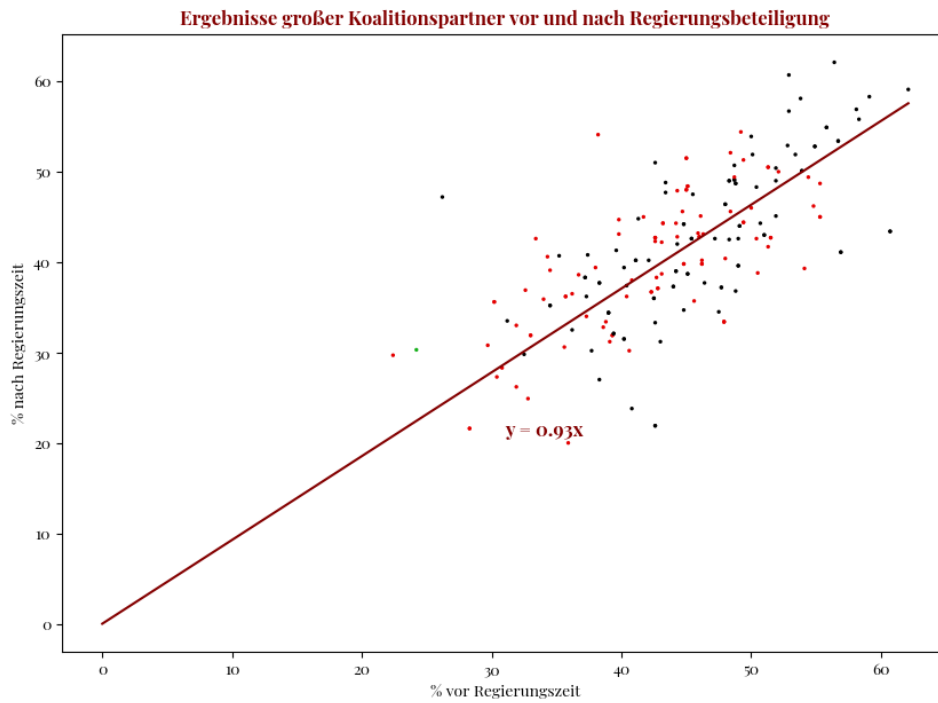
3Das folgende einfache Modell wurde eingesetzt: Zuerst wird für jede vergangene Wahl mit regierender Koalition vom Typ t die Differenz zwischen der Entwicklung der (absoluten) Wahlanteile (n,p) jeder Partei p und die durchschnittliche Entwicklung dieser Wahlanteile in den 5 letzten Landtagswahlen $S(n,p)=k=n-5n-1(k,p)$ gebildet; diese Differenz in Prozentpunkten wird „Wahlanomalie“ (WA) genannt, also

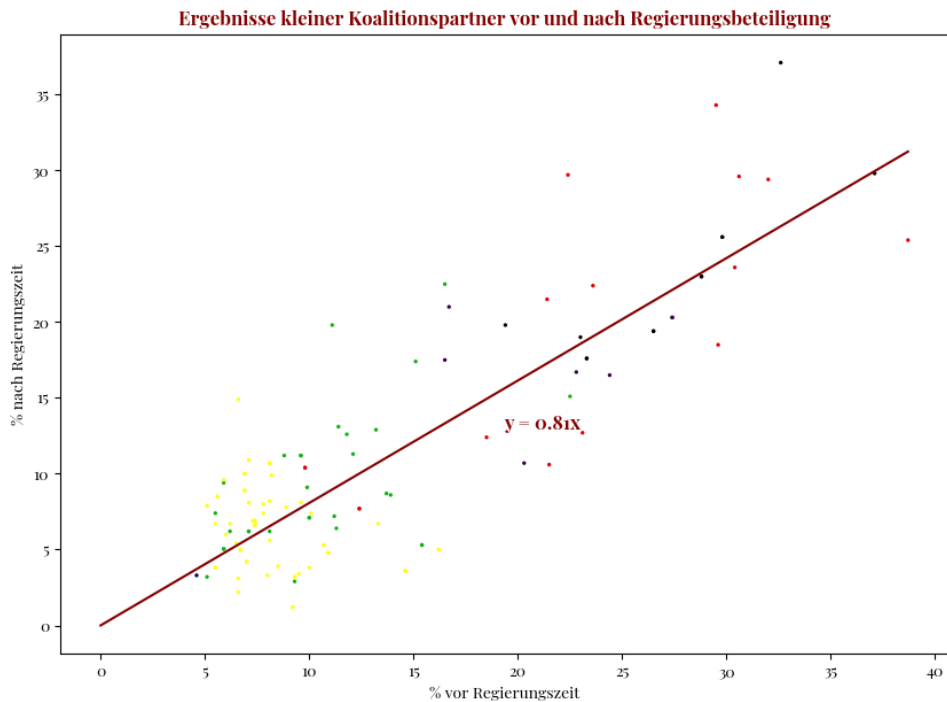
$$WAt(n, p) = (n,p) - S(n,p).$$

Dann wird für jeden Koalitionstyp eine Regression durchgeführt, woraus die durchschnittliche Wahlanomalie für jeden Koalitionstyp WAt abgeleitet wird. Die erwartete Entwicklung des Wahlergebnisses jeder Partei bei einer künftigen Landtagswahl mit regierender Koalition vom Typ t kann wie folgt geschätzt werden:

$$(n,p) = S(n,p) + WAt.$$

kann kein Anspruch darauf erhoben werden, ihre Aussagefähigkeit mit der herkömmlicher, umfragegestützter Modelle gleichzustellen. Dennoch kann der Vergleich zwischen den Schätzungen dieses Modells, denen großer Meinungsforschungsinstitute und dem realen Wahlausgang zur Evaluierung unserer Ansätze dienen.





Für die Landtagswahlen 2019 in Sachsen, Brandenburg und Thüringen erhalten wir folgende Ergebnisse:

Land		Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU	FW	AfD
BB	Umfrage ⁴	14	14,5	22	5	16,5	4	21
	Modell	14	11,6	26	0,8	15,4	5	27,2
	Wahl	10,7	10,8	26,2	4,1	15,6	5	23,5
SN	Umfrage ⁵	15	11	8	5	29	4	25
	Modell	17,2	11,2	3,6	5,2	33	2,4	26,7
	Wahl	10,4	8,6	7,7	4,5	32,1	3,4	27,5
TH	Umfrage ⁶	28	8	7	5	22	<5	25
	Modell	25,7	8,9	5,6	4,1	29	3,5	23,3

4Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, 29.8.2019.

5Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, 23.8.2019 (gewählt wurde die letzte Umfrage vor der Wahl, die die Freien Wähler auch testete).

6Quelle: Infratest Dimap, 16.9.2019.

Die Summe der Abweichungen zu den Wahlergebnissen beträgt 11,5 (Modell) gegen 16,5 (Umfrage) für Brandenburg und 14 (Modell) gegen 16,9 (Umfrage) für Sachsen. Das Modell unterschätzt die brandenburgische FDP und die sächsische SPD stark; bei den anderen Parteien sind die Fehlerwerte von vergleichbarer Größenordnung, und die globale Präzision ist bei derart einfacher Modellierung überraschend gut. Unser Ansatz, dass die Art der regierender Landeskoalition einen beträchtlichen Teil der Differenz zwischen der bundesweiten Tendenz und der Entwicklung der Landesergebnisse einer Partei erklären kann, erscheint somit als begründet. Obwohl das Modell gewiss noch verfeinert werden könnte, insbesondere indem statt der fünf letzten Wahlen bundesweit die letzten Wahlen aus geeigneten Kontrollgruppen ausgesucht werden – dies soll wohl der Stoff zu weiteren Untersuchungen liefern –, zeigen diese Ergebnisse hinreichend, dass rein wahlsystematische Phänomene die Entwicklung der Stimmenanteile der Parteien maßgeblich mitbestimmen.

Zusammenfassend haben wir also gezeigt, dass die Regierungsarbeit den Parteien *durchschnittlich* schadete, und das Alternieren an der Macht von einer grundlegenden Schwierigkeit zeugte, jede Regierungsarbeit dauerhaft und konsequent mit der Unterstützung der Wähler fortzuführen („pessimistische Wechseltheorie“). Die Koalitionspartner verlieren im Schnitt etwa 10% ihrer Wählerschaft. Die relativen Verluste, sowie die Wiederwahlwahrscheinlichkeit der Regierungskoalitionen („Wiederwahlquote“) sind zwar weitgehend nicht von der Art der regierenden Koalition und der Zahl der im Landtag vertretenen Parteien, dafür aber von der Zahl der neueintretenden Parteien abhängig. Mit fünf bis sechs Parteien in jedem deutschen Landtag werden die Mehrheiten knapper, und folglich die Landesregierungen immer seltener wiedergewählt. Der von den Daten bestätigte „Fluch der kleinen Koalitionspartner“, auf den wir in der Folge hingewiesen haben, führt dazu, dass kleine Koalitionspartner stärker von Wahlverlusten getroffen werden als große. Durch diese wahlsystematische Dynamik lässt sich ein nicht unbedeutender Teil der Entwicklung der Stimmenanteile der Parteien erklären.

Im letzten Teil dieses Artikels wenden wir die bisher entwickelten Ansätze auf die Analyse der vergangenen und aktuellen politischen Lage in den deutschen Bundesländern an.

Die Große Koalition als effektives Mittel im Wettkampf der Volksparteien

Zur Erklärung der Koalitionsstrategien der verschiedenen Parteien werden in der politischen Theorie nach Strøm (3) drei spieltheoretische Modelle in Betracht gezogen: Das *office-seeking*-, das *policy-seeking*- und das *vote-seeking*-Modell. Im *office-seeking*-Modell versuchen die Parteien, die Zahl ihrer öffentlichen Ämter (etwa Ministerposten) zu maximieren; im *policy*-

seeking-Modell streben sie die Durchsetzung eigener programmatischer Inhalte an; im *vote-seeking*-Modell bezwecken sie eine Optimierung ihrer gegenwärtigen oder künftigen Wahlanteile.

Große Koalitionen aus CDU und SPD, oder in jüngster Zeit aus CDU und Grünen, werden, außer bei fehlenden Alternativen, oftmals als nicht-optimal betrachtet. Die Durchsetzung eigener Themen, die Konsensfindung und die Erhaltung klarer politischer Positionen sind in einer Großen Koalition deutlich komplexer als in einfachen Mitte-Links- oder -Rechts-Bündnissen, was zu einem negativen *policy-seeking*-Effekt führen kann. Auch die Wirkung auf die erzielte Ämterzahl ist für eine große Partei aufgrund der üblichen Regel bei der Verteilung von Ministerposten, nach der Ämter proportional zur relativen parlamentarischen Stärke der koalierenden Parteien ausgeteilt werden, von der Perspektive des *office-seeking*-Prinzips wenig wünschenswert (9). Dennoch kommt es immer wieder dazu, dass entweder CDU oder SPD (oder ggf. Grüne) keine weiteren Koalitionen bilden kann, als eine Große Koalition, in der sie die kleinere Partei wäre, und daher diese ihre einzige Option, an die Macht zu gelangen, auf der Grundlage von beiden *policy*- und *office-seeking* bevorzugt. In solchen Situationen ist die Frage, ob diese Große Koalition auch im Interesse der anderen, stärkeren Volkspartei sein könnte. Durch die Kombinierung von *vote-seeking*-Modell und „Fluch der kleinen Koalitionspartner“ lässt sich folgende Motivation formulieren: Die stärkere Partei kann – bewusst oder unbewusst – gut hoffen, dass durch diese Regierungszusammenarbeit ihr kleinerer, aber dennoch gefährlicher Konkurrent geschwächt wird, während ihre eigenen Wahlanteile nur einen begrenzten Rückgang erleiden. Aus *vote-seeking*-taktischer Sicht ist also die Große Koalition für die größere Volkspartei eine vernünftige Option, sowie die Schließung herkömmlicher, „kleiner“ Koalitionen den Vorteil bot, dass man dadurch den kleinen Regierungspartner (FDP oder Grüne) nicht selten zum eigenen Profit schwächen konnte. Dies ist insbesondere in einem System wahr, wo jenseits der etablierten Regierungsparteien kein bedeutendes politisches Angebot besteht; für Deutschland sollte dies ungefähr bis zum Einzug der AfD in die Landtage der Fall gewesen sein.

Doch in einem System, wo *anti-establishment*-Bewegungen oder sonstige koalitionsunfähige Parteien gedeihen, gleicht diese Taktik einer „wechselseitigen zugesicherten Zerstörung“ der Volksparteien. Denn nun können beide Koalitionspartner an koalitionsunfähige Alternativparteien ihre Wähler verlieren, die keines der beiden Lager stärken, dafür aber die künftige Koalitionsbildung deutlich erschweren werden. Vorher waren CDU und SPD an der Macht gegen starke Verluste geschützt, indem sie stets die Führung der Koalition übernommen – eine Stellung, in der wir festgestellt haben, dass Parteien ihre Wahlanteile besser zu erhalten wissen; wenn sie sich jetzt weiter gegen andere Koalitionsoptionen für Große Koalitionen entscheiden, schwächen sie sich wechselseitig, ohne dass sich die

Schwächung des Gegners positiv auf die eigenen Wahlergebnisse auswirkt. Sie stärken koalitionsunfähige Parteien – deren wachsende Stärke die Regierungsbildung unmöglich machen kann – und Kleinparteien – mit denen sie infolge der seltener gewordenen gemeinsamen Erfahrung an der Macht weniger Kontakte pflegen, als vorher. Dies könnte einen nicht unwesentlichen Teil der gegenwärtigen Schwierigkeiten der SPD erklären.

Eine dauerhaft niedrige Wiederwahlquote trotz Stabilisierung der relativen Verluste

Welche Taktik auch immer von den Parteien verfolgt wird, ist eine Rückkehr zum alten Parteiensystem mittelfristig nicht vorstellbar. Anders als etwa die Piratenpartei hat sich die AfD bundesweit zu verankern gewusst. Linke, SPD, Grüne, FDP, CDU/CSU und AfD bilden nun ein „fluides Sechsparteiensystem“; mit den Freien Wählern setzt sich sogar eine Bewegung durch, die in eher konservativ geprägten Ländern eine weitere Konkurrenz zu FDP und CDU/CSU darstellt. Dementsprechend ist mittelfristig davon auszugehen, dass infolge der neuen Fragmentierung des Parteiensystems nach wie vor wenige Koalitionen wiedergewählt werden können. Entsteht keine neue Partei, werden sich die relativen Verluste der Koalitionen jedoch wahrscheinlich verringern, was für etwas mehr Stabilität sorgen sollte. Dabei sollte betont werden, dass eine niedrige Wiederwahlquote nicht unbedingt zur Unregierbarkeit führt, solange Konsenswille besteht: Wenn nur komplexere Bündnisse mehrheitsfähig sind, und dennoch mehrere solche Kombinationen denkbar sind, dann kann ein und dasselbe Bündnis wohl seltener geschlossen werden, und Schwankungen führen öfter zu einem Teilwechsel, der allein in Ausnahmefällen auch ein vollständiger Wechsel ist. Nehmen wir beispielsweise an, dass Stimmen, die früher zu 80% auf die SPD und zu 20% auf die Grünen entfielen, jetzt zur Hälfte der SPD und zur Hälfte den Grünen zukommen. Wo früher eine Große Koalition aus CDU und SPD mehrheitsfähig war, ist bestimmt nur mehr eine Übergroße Koalition, die Keniakoalition aus CDU, SPD und Grünen, mehrheitsfähig; wo früher eine Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen regierte, ist eine andere Übergroße Koalition, die Deutschland-Koalition aus CDU, FDP und SPD denkbar. Diese Koalitionen setzen sich zwar nicht aus denselben Parteien zusammen wie früher, sie setzen sich aber aus Parteien zusammen, die *weitgehend dieselben Wähler repräsentieren*. In diesem Lichte erscheinen die zu erzielten Kompromisse nicht nur als wahrscheinlicher, sondern auch als inhaltlich-politisch sinnvoll, denn sie setzen unter unterschiedlichen, demokratisch veränderten Machtverhältnissen eine Konsensbildungsdynamik fort, die sich in der Vergangenheit als fähig erwiesen hatte, die gemeinsame Regierungsarbeit zu organisieren. Die einstige Dominanz der Volksparteien kann wegen sowohl wahlsystematischer (z. B. des „Fluchs der kleinen Koalitionspartner“) als auch rein politischer (Vertrauenskrise) Hindernisse wahrscheinlich nicht wiederhergestellt werden. Wie wir es in einem früheren Artikel schon betont hatten (2), ist die Kompromissbereitschaft der Parteien in einem solchen Kontext maßgeblich: Die Bildung mehrheitsfähiger Koalitionen

in komplexen Parteiensystemen kann auf eine starke Dialogkultur nicht verzichten. Ebenso schädlich wie der Mangel an inhaltlichen Schwerpunkten ist der fehlende Konsenswille. Letzterer ist nicht nur unabdingbar, um eine Mandatsmehrheit zu erreichen; sie ist auch ein effizientes Mittel, um den politischen Zusammenhalt zu stärken und Kooperationen zu fördern, die vielen Bürgern vernünftig würden. Denn die Fragmentierung der Parteienlandschaft, die Schrumpfung der Stammwählerschaften deuten zwar auf einen Strukturwandel in den politischen Prioritäten der Bürger und auf eine Diversifizierung der Wählerprofile hin, sind aber grundsätzlich – mit der wahrscheinlichen Ausnahme der Wählerwanderung zur AfD – weder als Kompromissfeindlichkeit noch als pauschale Ablehnung aller Aspekte des bestehenden Parteiensystems zu interpretieren. Parteipolitische Taktiken, die einzig auf thematische Radikalisierung setzen würden, wären nicht nur riskant, sondern auch gefährlich für die Stabilität eines ganzen Parteiensystems, das mit der zu erwartenden Stabilisierung von Unterstützung- und Wiederwahlquote einen neuen Zustand erreichen soll.

Das neue parlamentarische Regime: *Cordon sanitaire* bis hin zur Konkordanzdemokratie?

In dem neuen idealtypischen Zustand, den wir beschrieben haben, ist die Abwahl der Regierungskoalition sehr üblich. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Parteien und unter strenger Einhaltung der in der belgischen Politik oftmals als *Cordon sanitaire* bezeichneten Grundregel, dass mit rechtsradikalen Bewegungen wie der AfD nicht koalitiert wird, formieren sich breite Mitte-Bündnisse, deren Zusammensetzung von den relativen Stimmanteilen der Mitteparteien bei der letzten Wahl abhängt. Wegen des potenziell hohen Mandatenanteils der Neonationalisten muss eine Regierung in der Regel die Mehrzahl aller anderen im Landtag vertretenen Parteien vereinen, die sich nach Mandatsstärke die Ressorts teilen und gemeinsam das Land regieren. Dies hat zwei wichtige Folgen: Zum einen sind alle Parteien der Mitte viel öfter und systematischer an der Regierungsarbeit beteiligt; zum anderen besteht die Hauptfunktion der Wahlen nicht mehr darin, zu bestimmen, welche Parteien künftig regieren werden, sondern darin, die Posten in der Regierung nach inhaltlichen Schwerpunkten und relativen parlamentarischen Stärken auf die verschiedenen Parteien zu verteilen. Würde sich die Konkurrenzdemokratie Deutschland, getrieben durch den *Cordon sanitaire*, hin zu einer „partiellen Konkordanzdemokratie“ entwickeln?

Als Konkordanzdemokratie werden Systeme bezeichnet, wo die Regierung nicht bloß wie in sog. Konkurrenzdemokratien von einer parlamentarischen Mehrheit, die sich i. d. R. als Koalition gegen eine zahlenmäßig schwächere Opposition auf ein politisches Programm einigt, getragen wird, sondern wo jede (manchmal jede größere) im Parlament vertretene Fraktion je nach Mandatsstärke einen gewissen Anteil an Regierungsverantwortung und -posten zugeteilt

bekommt. Konkordanzdemokratien sind unter den politischen Systemen der Welt extrem selten; die schweizerische Eidgenossenschaft liefert jedoch ein rares — und gut funktionierendes — Beispiel dafür. In der Schweizer Exekutive, dem Bundesrat, sitzen sieben Bundesräte aus den vier größten eidgenössischen Parteien: der sozialdemokratischen SP, der christdemokratischen CVP, der liberalen FDP und der nationalkonservativen SVP. Es besteht *kein Cordon sanitaire*: Die stärkste Partei der Schweiz ist die rechtspopulistische SVP, die wie jede andere Partei in der „Regierung“ sitzen durfte und darf. Die Bundesräte üben ihre Macht kollegial aus, obgleich sie aus völlig verschiedenen Horizonten kommen, und der Bundespräsident, der jedes Jahr unter ihnen gewählt wird, hat ein weitgehend nur repräsentatives und prozedurales Amt inne. Die demokratische Qualität eines solchen Systems ist in der Schweiz generell unbestritten und in der politischen Kultur des Landes tief verankert. Was wir hier „partielle Konkordanzdemokratie“ nennen ist also ein System, in dem alle Parteien mit Ausnahme der Rechtsradikalen die Regierungsverantwortung gemeinsam tragen. Die institutionelle Form dieser Zusammenarbeit (Koalitionsvertrag, konstruktives Misstrauensvotum, Ad-Hoc-Vereinbarung usw.) wollen wir hier nicht weiter erörtern. Wichtig ist, dass sie zu einer parlamentarischen Praxis führt, in der die klassische Koalitionsmechanismen der Mehrheit-Opposition-Dialektik durch eine kollegiale, dialogbasierte Machtausübung ersetzt wird.

Die Durchsetzung einer etwaigen partiellen Konkordanzdemokratie in den deutschen Bundesländern, mit dem Ziel, unter ausdrücklicher oder konkludenter Mitwirkung aller weiteren Parteien die AfD dauerhaft aus der Regierungsarbeit auszuschließen, würde praktisch erfordern, dass Gespräche zwischen dem linken Rand des politischen Spektrums, nämlich der Linkspartei, und dem sog. bürgerlichen Lager um Union und FDP aufgenommen werden. Sollte die partielle Konkordanz beide AfD und Linke ausschließen, was für die Mitte-links-Parteien übrigens nicht hinnehmbar wäre, hätte das Mittebündnis keine Garantie auf eine permanente Mehrheit, insbesondere in den Neuen Bundesländern. Gelingt die Konkordanz in der Praxis, ist anzunehmen, dass die AfD etwas mehr steigen könnte — dennoch sollte die politische Kultur des Landes sowie eine gute Regierungspraxis verhindern, dass sie je die Fünfzig-Prozent-Marke in einem Bundesland überschreitet – das einzige Ereignis, das die Konkordanz gefährden, ja sogar platzen lassen könnte. Eine andere praktische Voraussetzung für die partielle Konkordanz ist die Verhinderung von regionalen oder bundesweiten Schismen innerhalb des sog. bürgerlichen Lagers. Entscheiden sich signifikante Teile oder gar Landesverbände der CDU für eine Abspaltung von der Bundespartei mit Aussicht auf eine schwarzblaue Koalition mit der AfD, oder verlassen etwa Politiker der „WerteUnion“ freiwillig die Partei, der sie jahrzehntelang angehört hatten, um eine neue Bewegung am äußeren Rande des konservativen Familie zu gründen, ist die Gefahr groß, dass das Mitte-Bündnis seine Mehrheit verlieren könnte. Es liegt auf der Hand, dass eine „Maaßen-

Unioni“ der Sensibilität der Parteibasis in manchem Bundesland näher stünde als die heutzutage vom Konrad-Adenauer-Haus in Berlin aus geführte Partei. Jedoch scheinen die lange Geschichte der Partei, die Figur Angela Merkels und die Inertie der internen Machtverhältnisse diesem Phänomen bisher erfolgreich entgegengewirkt zu haben. Vor allem nach dem Ausscheiden der Kanzlerin könnte das Risiko einer Spaltung wachsen.

[Schluss]

Den Umfragen und unserem Modell zufolge sollte die kommende Landtagswahl in Thüringen, die am 27. Oktober 2019 stattfinden soll, zu einem bisher ungesehenen Grade unter dem Zeichen der institutionellen Instabilität stehen. Dort hat sich in etwa das Szenario abgespielt, das in dieser Studie mehrmals betont wurde. In Erfurt hatten sich von der Wende bis zur vorletzten Legislaturperiode nur Große Koalitionen oder CDU-Einparteienregierungen durchsetzen können. Nach erheblichen Verlusten der SPD (die CDU gewann hingegen 2pp) und dem Einzug der AfD in den Landtag kam es 2014 zu einer rot-rot-grünen Regierung unter Leitung von Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke). Seit 2014 hat die CDU, die zum ersten mal in der Geschichte des Landes keinen Regierungsauftrag mehr hatte, viele ihrer Wähler an die AfD verloren. Inzwischen hat sich der Wandel der Parteienlandschaft fortgesetzt: Nach aktuellen Umfragen sollte der große Koalitionspartner Linkspartei ihren Wähleranteil erhalten (28%, =), die kleinere mitregierende SPD deutlich verlieren (7%, -5pp) und die Grünen, der bisher kleinste Koalitionspartner, dank sehr günstigen bundesweiten Trends und der Schwächung von beiden SPD und CDU (22%, -11pp) dazugewinnen (11%, +5pp), wenn nur nach bundesdeutschen Standards vergleichsweise moderat. Es ist wahrscheinlich, dass in Thüringen die AfD (25%, +15pp) und die Linke zusammen mehr als die Hälfte der Mandate erzielen. Damit ist selbst die Grenze des durch die Bildung Übergroßer Koalitionen handhabbaren gesprengt: Wollen Linke und CDU nicht miteinander zusammenarbeiten, ist keine Mehrheit möglich – nicht einmal eine schwarz-blaue. Auf SPD, Grüne und FDP (5%, +2pp) zusammen entfallen höchstens ein Viertel der Mandate. Die weiteren drei Viertel werden fast gleichmäßig auf die Linke, die AfD und die CDU verteilt. Jede Zweierkoalition zwischen zwei dieser drei Parteien wurde bisher von mindestens einem der potenziellen Koalitionspartner strikt abgelehnt. Es besteht keinen Grund zur Annahme, dass diese neuen Gleichgewichte nur vorübergehende seien, oder dass sie von einer gewissen Unbeständigkeit der öffentlichen Meinung zeugen würden. Mit der dauerhaften Etablierung der AfD sollten sich die Indikatoren (Unterstützungs- und Wiederwahlquote) mittelfristig stabilisieren.

Es ist nun an den Parteien, die künftige Form der Regierungszusammenarbeit in Thüringen zu bestimmen. Dabei könnte der Begriff einer „partiellen Konkordanzdemokratie“ ins Betracht

gezogen werden. Die Verfassung des Freistaats Thüringen verfügt, dass falls „nach einem erfolglosen Vertrauensantrag des Ministerpräsidenten der Landtag nicht innerhalb von drei Wochen nach der Beschlußfassung über den Vertrauensantrag einen neuen Ministerpräsidenten gewählt hat“ eine Neuwahl binnen 70 Tage stattzufinden hat (4). Eine solche Neuwahl - oder mehrere von ihnen - würde die Positionen der politischen Mitte, die mit dem *establishment*, und damit auch mit den Regeln der institutionellen Grundordnung, am meisten assoziiert sind, wahrscheinlich nicht stärken. Bei unüberbrückbaren Meinungsunterschieden kann sich jetzt eine neue Regierungspraxis entwickeln, die eine kollegiale und geteilte, eine gemeinsame Verantwortung für die Regierungsarbeit in den Vordergrund stellt, wo traditionelle Konsensbildung mittels inhaltlicher Konvergenz erfolglos geblieben ist. Es geht wohl nicht darum, eine Scheineinigkeit vorzuspielen, die *Union Sacrée* zu verkünden oder unmögliche Kompromisse zwischen unvereinbaren Parteilinien zu verteidigen, sondern darum, gemeinsam für ein Land zu bürgen, dessen Wähler letztendlich selbst entschieden haben, dass nur ein breiter Austausch über den Parteigrenzen hinaus den Weg zur Regierungsbildung ebnet kann. Denn wo vielerorts Dissens innerhalb der Bevölkerung besteht, ist es auch die Rolle der demokratischen Vertreter, den kollektiven Dialog wiederzubeleben.

François Hublet

- (1) POPPER Karl, *The Open Society and its Enemies, I. The Age of Plato*, 1945, S. 124.
- (2) HUBLET François und SCHLEYER Johanna, *Die Übergroße Koalition im Unregierbaren Deutschland*, 2019 (auf Deutsch unveröffentlicht, frz. Fassung [hier](#)).
- (3) STRØM Kaare, “A Behavioral Theory of Competitive Political Parties“ in *American Journal of Political Science*, Vl. 34, No. 2, 1990, S. 565–598.
- (4) [Verfassung des Freistaats Thüringen](#), abgerufen am 21. September 2019.
- (5) MAUZY Diane K. und MILNE R. S., *Singapore Politics under the People’s Action Party*, 2002, S. 128 ff.
- (6) Von ALEMANN Ulrich, ERBENTRAUT Philipp und WALTHER Jens, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland: Eine Einführung*, 5. Auflage, 2018.
- (7) [Ergebnisse früherer Landtagswahlen](#), Bundeswahlleiter, Stand 9. Juli 2019.
- (8) KLECHA Stefan, „Komplexe Koalitionen: Welchen Nutzen bringen sie den Parteien?“ in *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 2/2011, S. 334–346.
- (9) SPIER Tim, „Große Koalitionen in den deutschen Bundesländern 1949–2013“ in *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 23. Jahrgang, Heft 4, 2013, S. 489–516.
- (10) [Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland](#), abgerufen am 25. September 2019.
- (11) ARISTOTELES, *Politik*, III, 7.
- (12) HILMER Richard und MÜLLER-HILMER Rita, „Die Bundestagswahl vom 18. September

2005: Votum für Wechsel in Kontinuität” in *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1/2006, S. 183-218.

- (13) BASEDAU Matthias, “Do Party Systems Matter for Democracy? A Comparative Study of 28 Sub-Saharan Countries” in *Votes, Money and Violence: Political Parties and Elections in Sub-Saharan Africa*, 2007, S. 105-144.
- (14) JOHNSON Craig und MIDDLETON Alia, “Junior coalition parties in the British context: Explaining the Liberal Democrat collapse at the 2015 general election” in *Electoral Studies*, Vl. 43, 2016, S. 61-71.
- (15) HORST Patrick, „Koalitionsbildungen und Koalitionsstrategien im neuen Fünfparteiensystem der Bundesrepublik Deutschland” in *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Heft 3-4/2010, S. 327-408.